

FDP-Kreisverband: Infoveranstaltung zum Volksbegehren Artenschutz

Infoveranstaltung

Der FDP-Kreisverband Bodensee hat eine Infoveranstaltung zum Volksbegehren Artenschutz durchgeführt. Nach den Vorträgen von Herrn Mainberger vom Kreisbauernverband Tettang und von MdL Klaus Hoher ergab sich unter Leitung von Dr. Hans-Peter Wetzel eine lebhafte Diskussion unter den Besuchern.

Vortrag von Herr Mainberger

Bei der Infoveranstaltung des FDP-Kreisverbandes Bodenseekreis erklärte Dieter Mainberger sehr kompetent, worum es beim Volksbegehren „Pro Biene“ geht und welche Risiken für die Landwirte in der Region daraus entstehen. Infolge der zunehmenden Einschränkung aus Politik und Naturschutz stehen bereits heute viele Bauern mit dem Rücken zur Wand. Eine weitere Verschärfung der Situation entsprechend dem Volksbegehren wird zu einer gravierenden Veränderung der oberschwäbischen Kulturlandschaft führen. Kleinbäuerliche Betriebe geben auf und werden durch Großbetriebe ersetzt, die sich nur noch am kurzfristigem Gewinn orientieren und Kulturen anbauen, die schnell hohen Gewinn versprechen.

Zusätzlich zeigte er auf, wie die bäuerlichen Kleinbetriebe, meist über Generationen gewachsen und mit starker emotionaler Bindung, selber an nachhaltigem Wirtschaften und Pflege der Böden interessiert sind. Gespritzt wird -schon aus finanziellem Eigeninteresse- nur gezielt und bei Bedarf. Konkret geht es um Pflanzenschutz, schon die übliche Bezeichnung Pestizid weist in die falsche Richtung. Die allumfassende Chemiekeule gehört bei den Obstbauern ohnehin längst vergangenen Zeiten an.

Auch sind die genauen Ursachen des Insektensterbens noch gar nicht erforscht.

Vorrangige Bedingung für eine stärker auf biologischen Anbau ausgerichtete Landwirtschaft ist ein geändertes Kaufverhalten der Konsumenten und des Handels. Regulierung am Markt vorbei geht zu Lasten der Bauern, die zunehmend und zu Unrecht als die alleinige Sündenböcke abgestempelt werden.

Bereits heute werden die einheimischen Landwirte durch Importe benachteiligt, da für die ausländischen Betriebe einfachere Regeln gelten und diese somit billiger produzieren können. Auch wird dort mit Mitteln gespritzt, die in Deutschland gar nicht zulässig wären.

Um durch mehr Kooperation und weniger Verboten zu guten Lösungen zu kommen haben die Baden-Württembergischen Bauernverbände den Volksantrag „Gemeinsam unsere Umwelt schützen in BW“ initiiert. Die Unterschriftenaktion wurde gestartet und um zahlreiche Unterstützung wird gebeten.

Vortrag Klaus Hoher

Als zweiter Redner zeigte MdL Klaus Hoher auf, wie zwei Imker das Volksbegehren losgetreten haben und die Ökolobbyisten willig auf diesen Zug aufgesprungen sind. Auch Winfried Kretschmann hatte anfangs wegen falscher Information seiner Berater die Aktion unterstützt. Infolge einer kleinen Anfrage von Klaus Hoher im Landtag wurden die Aussagen relativiert. Mittlerweile spricht sich Kretschmann bzw. die Grünen ebenso wie die CDU gegen das Volksbegehren aus. Durch die anfangs zögerliche Reaktion in den zuständigen Ministerien ist die Situation weiter eskaliert und führt zunehmend zu einer Spaltung der Gesellschaft. Hoher wies auch auf das politische Umfeld hin, in dem regierende Politiker ihre Fahne beliebig in den Wind hängen und unliebsame Einwände geschickt ausgebootet werden. Das Volksbegehren „Pro Biene“ bezeichnete er schon deshalb als Farce, weil in den vergangenen Jahren eine stetige Zunahme von Honig- und Wildbienen in der Region zu verzeichnen war.

Aktuelle Position der Bauern

Nach den beiden Vorträgen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion unter den Anwesenden. Diese spiegelte die Stimmung unter den Bauern wider. Es wurde aufgezeigt, wie die Regierenden deren Vertrauen in den letzten Jahren aufs Spiel gesetzt haben. Als jüngstes Beispiel wurde der abschreckende Umgang mit den Bauern in Bayern genannt, wo populistische Politiker vorab gemachte Zusagen einfach dem eigenen politischen Vorteil geopfert hatten. Aber auch bei der Einrichtung von Schutzgebieten in der Bodenseeregion wurden die Bauern zu Zugeständnissen genötigt, die sich aus heutiger Sicht durchaus existenzbedrohend auswirken können. Auch beim Volksbegehren wird versucht, die Bauern mit Ausnahmeregelungen zu ködern, welche bei genauerer Betrachtung an der Praxis vorbei gehen. Ein Besucher hat kompetent aufgezeigt, dass diese schon aus Personalgründen in den Landratsämtern gar nicht bearbeitbar wären.

Öffentliche Debatte

Im Gespräch wurde klar, dass die öffentliche Debatte zur Unzeit kommt, da die Bauern voll mit der Obst- und Hopfenernte beschäftigt sind und somit für Konsensfindung und Kommunikation eigentlich keine Zeit bleibt. Die Bauern hatten jahrelang immer neue Beschränkungen hingenommen und es versäumt, öffentlichkeitswirksam auf ihre zunehmend bedrohliche Situation hinzuweisen. Nun werden sie mit bestens eingespielten Ökolobbyisten konfrontiert, die auf emotionaler Ebene versuchen, die öffentliche Debatte zu bestimmen.

Fast schon resigniert wurde auch klar, dass gegen diese Emotionalisierung mit den ruhig und sachlich vorgetragenen Argumenten der Betroffenen nicht anzukommen ist.

Vor diesem Hintergrund spielt insbesondere die Presse eine wichtige Rolle bei einer umfassenden Information der Öffentlichkeit.

Bei der Diskussion war auch deutlich festzustellen, dass die Bürger auf die Klimaaktionen der letzten Monate sichtlich angespannt reagieren und für Panikmache sowie weitere einseitig emotional geforderte Einschränkungen zunehmend nicht mehr aufgeschlossen sind.

Rolle der Bioverbände

Das Volksbegehren wird von vielen Verbänden genutzt um ohne Rücksicht auf Verluste einen weiteren Ökokrieg anzuzetteln. Leider spielen hier auch die Bioanbauverbände entgegen der Expertise ihrer Basis mit (rühmliche Ausnahme: Bioland). Die Folge wird sein, dass sie damit die Existenzgrundlage ihrer eigenen Mitglieder auf's Spiel setzen.

Volksbegehren in Bayern

Die Frage eines Besuchers bezog sich auf das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern. Herr Mainberger erklärte, dass durch die neuen Verordnungen in Bayern etwa gleiche Standards beschlossen wurden, wie sie heute schon in BW gelten.

Eine weitere Verschärfung der Regelungen in Baden-Württemberg würde daher zu einer Benachteiligung der Bauern in unserer Region gegenüber den Wettbewerbern in Bayern führen.

Position des Ortsverbandes Tett nang

Wie sehr auch die Zukunft der Tett nanger Obst- und Hopfenbauern auf dem Spiel steht war an der guten Präsenz des FDP-Ortsverbandes bei der Veranstaltung festzustellen. Deren Vizevorsitzender Manfred Moosmann erwähnte, wie die grünen Kreuze auch bei ihm dazu geführt hatten, sich mit dem Thema Landwirtschaft intensiver zu beschäftigen. Schockierend zeigt sich die Situation der deutschen Bauern generell und das Bauernsterben, das in Deutschland in den letzten Jahren weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Um dies in unserer Region zu verhindern wurde Herrn Mainberger spontan Unterstützung und Mitarbeit beim Volksantrag angeboten.

Darüber hinaus wird allen Bürgern empfohlen, die Möglichkeiten des Internets für weitergehende Informationen zu nutzen. Detaillierte Information aus erster Hand bietet beispielsweise das sehr gute Video von Bauer Willi auf Youtube („Hubert und das Volksbegehren“).

Die Tett nanger Liberalen unterstützen eine ausgewogenere Information der Bevölkerung als Basis für eine Politik, welche die Interessen aller Bevölkerungsgruppen und der Mehrheit im Lande besser berücksichtigt. Sie setzen sich ein für eine Politik, bei der vernünftig und sachlich vorgetragene Argumente über die Zukunft nachfolgender Generationen entscheiden.

Fazit

Nur mit breiter öffentlicher Unterstützung und unter Ablehnung des widersinnigen Volksbegehrens „Pro Biene“ kann der Fortbestand der oberschwäbischen Kulturlandschaft gesichert werden. Seitens Landes-, Kreis- und Ortsverband TT wird das Volksbegehren in der vorliegenden Form deshalb abgelehnt.